

Dass der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma mit seinem Dokumentationszentrum in Heidelberg seinen Sitz hat, beschert unserer Stadt eine nicht zu überschätzende kulturelle Aufwertung und kann als ein Symbol ihrer Weltoffenheit angesehen werden. Der Zentralrat verdient großzügige Unterstützung nicht zuletzt eine seinen Bedürfnissen angemessene, repräsentative und ästhetisch ansprechende Unterbringung. Stadtverwaltung und Gemeinderat sind aber auch aufgrund der Gesamtanlagenschutzsatzung zu einem pfleglichen und respektvollen Umgang mit der historischen Bausubstanz der Altstadt verpflichtet. Beide Grundsätze brauchen sich nicht zu widersprechen. Ein fairer Ausgleich erfordert allerdings ein gewisses Maß an Fingerspitzengefühl.

Leider entspricht der vorliegende Entwurf nicht diesen Anforderungen. Mit seinen übertriebenen Dimensionen würde das geplante Gebäude das Gesamtbild des Areals sprengen. Seine Hässlichkeit wirkt abstoßend. Die inzwischen wohl geplante Fassadenkosmetik würde daran nichts ändern. Die ökologischen Auswirkungen widersprechen der Klimapolitik der Stadt. Der Plan 2/3 des Bestandes abzureißen wäre eine unverantwortliche Verschwendung von Ressourcen. Man täte dem Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma keinen Gefallen, wenn man ihn in einem solchen Kasten unterbrächte. Allenfalls würden seine Mitglieder das Privileg genießen, dass ihnen der Anblick dieses Monstrums erspart bleibt, während sie sich in seinem Innern aufhalten.

Das Vorgehen von Verwaltung und Teilen des Gemeinderats lässt den fatalen Eindruck entstehen, dass das Verfahren möglichst schnell und ohne größeres Aufsehen über die Bühne gebracht werden sollte um eine offene Diskussion zu vermeiden und die Mitwirkung der Bürger an der Entscheidungsfindung auszuschließen. Man könnte vermuten, die zuständigen Amts- und Mandatsträger fürchten, dass sie der Diskriminierung der Sinti und Roma beschuldigt würden, wenn sie das Projekt im gegenwärtig geplanten Ausmaß und Aussehen in Frage stellten.

Die Blockade einer kritischen Diskussion könnte auch eine banale Ursache haben: Angesichts der Bedeutung des Zentralrats für die endlich in gang gekommene Auseinandersetzung mit dem von Nazideutschland begangenen Völkermord an Sinti und Roma ist zu begrüßen, dass die Staatsministerin für Kultur und Medien die Bereitstellung eines zweistelligen Millionenbetrags durch den Bundestag für einen Neubau erreichen konnte. Darin liegt allerdings auch eine Gefahr. In Heidelberg scheint der Respekt vor Belangen des Denkmal- und Klimaschutzes mit der Höhe der Summen, die Investoren und Mäzene in Aussicht stellen, kontinuierlich abzunehmen. Dass das Gebäude, das offenbar geopfert werden soll, aus dem 18. Jahrhundert stammt und unter Denkmalschutz steht, spielte bisher in der Diskussion wenn überhaupt höchstens eine untergeordnete Rolle.

Ich erinnere mich, dass vor einigen Jahrzehnten jemand herausfand, dass die Buchstaben des Städtenamens HEIDELBERG, in eine andere Reihenfolge gebracht, den Imperativ GELD HERBEI ergeben.